

II-3991 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl.IV-40.004/1-2/86

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
1030 Wien, den 25. März 1986
XXXXXX Radetzkystr. 2
XXXXXX
Telefon 7500 Telefax 11445 oder 11780
Auskunft 75-56-86 bis 99 Serie

1816 IAB

1986 -03- 27

Klappe

Durchwahl

zu 1840/J

B e a n t w o r t u n g
der Anfrage der Abg. POSCH und Genossen
an den Bundesminister für Gesundheit
und Umweltschutz betreffend Lager für
radioaktive Abfälle in Slovenj Gradec
(Nr. 1840/J)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen
gestellt:

- "1. Wurden Sie von jugoslawischer Seite über den Plan,
eine Deponie für radioaktive Abfälle nahe der öster-
reichischen Grenze zu errichten, informiert?
2. Wurden seitens Ihres Ministeriums Gespräche über
eventuelle Sicherheitsrisiken aufgenommen?
3. Wenn ja, was war das Ergebnis dieser Gespräche?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Am 22. und 23. Jänner 1986 fanden in Graz zwischen einer
österreichischen und einer jugoslawischen Delegation Ex-
pertengespräche über aktuelle Fragen des Umweltschutzes in
beiden Staaten sowie über die Möglichkeit der Intensivierung
der Zusammenarbeit sowohl auf dem Gebiet des Umweltschutzes
als auch im Bereich grenznaher Kernanlagen statt.

Einen wesentlichen Themenschwerpunkt dieser Gespräche bildeten die in österreichischen, aber auch in jugoslawischen Medien enthaltenen Meldungen, wonach die Errichtung eines Lagers für radioaktive Abfälle in Slowenien nahe der österreichischen Grenze bei Slowenj Gradec (Windischgraz) in Aussicht genommen sei.

Die jugoslawische Seite erläuterte in diesem Zusammenhang, daß die jugoslawische Regierung eine Studie über die geologische und geophysikalische Eignung von möglichen Standorten für eine derartige Anlage in Auftrag gegeben habe, wobei Slowenj Gradec nur einer von dreizehn im Rahmen der Studie untersuchten Standorte sei.

Eine Entscheidung über den Standort - der noch hiefür relevante Entscheidungen über das jugoslawische Kernkraftwerkprogramm vorangehen müßten - sei noch nicht getroffen worden.

Es wurde vereinbart, daß die jugoslawische Seite Österreich über die weiteren Entwicklungen umgehend und umfassend informieren werde.

Zu 2. und 3.:

Wie bereits zu Frage 1 ausgeführt, fanden am 22. und 23. Jänner 1986 Expertengespräche zwischen einer österreichischen und einer jugoslawischen Delegation statt. Der österreichischen Delegation, die unter der Leitung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz stand, gehörten neben Vertretern des Bundeskanzleramtes und betroffener Bundesministerien Vertreter der Burgenländischen, Kärntner und Steiermärkischen Landesregierung sowie des Forschungszentrums Seibersdorf an.

Im Rahmen dieser Gespräche wurden als einer der Themenschwerpunkte der Bereich grenznaher Kernanlagen in einer eigenen Arbeitsgruppe eingehend behandelt. Hierbei fand auch ein intensiver Meinungsaustausch über die grundsätzliche Problematik möglicher grenzüberschreitender Auswirkungen von Kernanlagen statt.

- 3 -

Die Expertengespräche sollen auf der nunmehr institutionalisierten Ebene fortgeführt werden, wobei die nächste Expertenrunde für Herbst dieses Jahres in Aussicht genommen wurde.

Darüber hinaus hat die jugoslawische Expertendelegation bei den erwähnten Gesprächen in Graz der österreichischen Seite gegenüber erklärt, sie werde der jugoslawischen Regierung auf der Grundlage dieser Gespräche die Aufnahme von Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Österreich und Jugoslawien über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie über ein gesondertes Abkommen betreffend die Kooperation im Bereich grenznaher Kernanlagen vorschlagen.

Der Bundesminister:

